

Kindergrundsicherung: Finanzierungsdebatte

Trotz der Sparmaßnahmen aus dem Finanzministerium hält Familienministerin Paus weiterhin an der im Koalitionsvertrag verankerten Kindergrundsicherung fest. Sie soll das derzeitige Elterngeld durch einen festen Betrag und einen einkommensabhängigen Zusatzbetrag ablösen und dabei helfen, die Kinderarmut in Deutschland zu bekämpfen. Derzeit gilt jedes fünfte Kind in Deutschland als arm.¹

Ursprünglich rechnete ihr Ministerium mit 12 Milliarden Euro, die es dafür bräuchte – Finanzminister Lindner gestand jedoch nur 2 Milliarden Euro für eine Kindergrundsicherung als Merkposten in seinen Haushaltsplanungen zu.² Seither wird zwischen den Regierungsparteien eine Debatte um verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten geführt.

Paus selbst schlug in Anbetracht der strengen Sparvorgaben Lindners vor, die Einkommensobergrenze beim Elterngeld zu senken. Derzeit haben Paare, deren gemeinsames zu versteuerndes Einkommen im Jahr unter 300.000 Euro liegt, Anspruch auf Elterngeld. Die Grenze für Alleinerziehende beträgt 250.000 Euro. Zur Finanzierung der Kindergrundsicherung steht nun eine Halbierung der Bezugsobergrenze auf 150.000 Euro für Alleinerziehende und Paare im Raum. Von der Kürzung wären rund 5 Prozent der Deutschen Paare betroffen.³ Insbesondere aus der FDP gibt es jedoch Widerspruch. Lindner forderte Paus auf, an anderer Stelle Kürzungen vorzunehmen.⁴

Der SPD-Co-Parteivorsitzende Lars Klingbeil schlug alternativ eine Abschaffung des Ehegattensplittings vor. Das Ehegattensplitting ermöglicht es verheirateten Paaren, einen gemeinsamen Steuersatz auf ihr Einkommen zu zahlen. Beide Einkommen werden zusammengerechnet, die Summe halbiert. Auf das Ergebnis wird der zu zahlende Steuerbetrag berechnet und anschließend verdoppelt. Das führt dazu, dass insbesondere Paare, bei denen eine große Diskrepanz zwischen den Einkommen besteht, durch einen niedrigeren Steuersatz profitieren. Klingbeil merkte an, dass das Ehegattensplitting ein antiquiertes Familienmodell befeuert, bei dem die Anreize groß seien, dass ein Partner deutlich weniger arbeitet als der andere – meistens die Mutter. Doch auch eine Abschaffung des Ehegattensplittings wird von der FDP abgelehnt. Ehe und Familie gelte es stattdessen zu stärken.⁵

Bisher ist die Bundesregierung noch zu keiner Einigung gekommen. Die Finanzierung der Kindergrundsicherung wird damit auch über die Sommerpause ein heißes Thema bleiben.

¹ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/familienleistungen/die-kindergrundsicherung-die-leistung-fuer-alle-kinder-228230>

² <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kindergrundsicherung-paus-ampel-100.html>

³ <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/elterngeld-104.html>

⁴ https://twitter.com/c_lindner/status/1676148813600288770?lang=de

⁵ <https://www.tagesschau.de/inland/scholz-ehegattensplitting-100.html>